

Die absolute Mehrheit der konservativen Regierung und ihre Erfolgsbilanz geben Spanien ein neues Gewicht in Europa

Auf dem Weg in die erste Reihe

Marianne Kneuer

Jeder hatte mit dem Sieg der konservativen Volkspartei Partido Popular (PP) gerechnet, niemand aber hat einen solch eindeutigen Vorsprung vor den Sozialisten von zehn Prozent vorausgesagt und erst recht nicht die absolute Mehrheit. Sogar der PP selbst hatte damit nicht gerechnet. In der Partei lagen die optimistischsten Schätzungen bei 168 von 350 Sitzen, niemand hätte sich aber ein Ergebnis von 183 Sitzen träumen lassen. Seit Spanien demokratisch ist, haben die Konservativen noch nie so viele Stimmen auf sich vereinigt (44,6 Prozent), nämlich mehr als die gesamte Linke, die zusammen auf unter vierzig Prozent (PSOE: 34,08, IU: 5,46 Prozent) gerutscht ist, nachdem sie seit 1982 konstant bei 48 bis 52 Prozent lag. Sogar in Andalusien, traditionell linke Hochburg, gewann der PP mehrere Wahlkreise hinzu. Dieser unerwartet hohe Sieg der konservativen Volkspartei bei den spanischen Parlamentswahlen am 12. März birgt drei Signale in sich: Er hat erstens eine besondere historische Bedeutung für Spanien, zweitens hält er eine parteipolitisch strategische Lehre bereit, und drittens hat er Relevanz für das europäische Kräfteverhältnis.

Zunächst springt der historische Aspekt ins Auge, nämlich dass 25 Jahre nach der rechtsautoritären Diktatur Francos erstmals

eine nicht-linke Partei einen solch hohen Stimmenanteil erzielen konnte. So wies Partei- und Regierungschef José María Aznar auch in seiner ersten großen Stellungnahme nach den Wahlen auf genau diesen Punkt hin. In der Geschichte der spanischen Demokratie gebe es drei zentrale Wahltage, so Aznar: 1977, als die Spanier nach vielen Jahrzehnten erstmals wieder wählten; 1982, als die Sozialistische Arbeiterpartei Partido Socialista Obrero de EspaÑa (PSOE) an die Macht kam, und den 12. März 2000, als die Volkspartei mit breiter Mehrheit bestätigt wurde. Diesen Sieg sieht Aznar als das Ende „der alten historischen Konflikte Spaniens“ oder, wie ein anderer PP-Politiker es formulierte, die „endgültige Überwindung unserer Phantome“.

In der Tat lassen sich mit diesen drei Schlüsseldaten wichtige Abschnitte in der 25 Jahre jungen Demokratie Spaniens ausmachen. Die demokratischen Anfänge nach langer, franquistischer Durststrecke und dann, nur sieben Jahre nach dem Tod des Diktators, der triumphale Sieg der Sozialisten, die damit das erste Mal in der Geschichte des Landes regierten. Und nun ein Sieg der Konservativen mit absoluter Mehrheit. Was wie ein völlig normaler Vorgang aussieht, ist für die politische Kultur Spaniens durchaus etwas Bemerkenswertes. Denn die Konservativen,

anfangs noch unter dem Namen Alianza Popular (AP) ein Auffangbecken post-franquistischer Kräfte, waren wegen ihres reaktionären Profils lange Zeit eine quasi stigmatisierte Partei. Es gab in Spanien verständlicherweise einen historisch bedingten Reflex gegen alles, was verdächtig war, rechts zu sein. Diese Ablehnung gründete sich auf das Personal der Alianza Popular – sie wurde zum Beispiel von einem Minister Francos (Manuel Fraga Iribarne) geführt – wie auch auf programmatische Erblasten. Kurz: Für die breite Mehrheit der Spanier, deren generelle politische Orientierung ohnehin links von der Mitte liegt, waren die Konservativen in den siebziger und achtziger Jahren praktisch nicht wählbar.

José María Aznar ist daher die enorme Leistung zuzuschreiben, dass sich die Wählerstimmen für den PP in zehn Jahren fast verdoppelt haben. Aznar hat die Partei beharrlich von dem franquistischen Geruch befreit und aus der Rechtsaußen-Ecke herausgeholt. Die von „Volksallianz“ in „Volkspartei“ umbenannten Konservativen haben mit Aznar die Legitimität und Glaubwürdigkeit gewonnen, die ihnen jahrzehntelang gefehlt hat, um eine wirkliche Volkspartei zu werden und nicht nur diesen Namen zu tragen. Die personelle Erneuerung war dabei noch vergleichsweise einfach. Schwieriger gestaltete sich die inhaltliche Akzentsetzung als Oppositionspartei. Das lag daran, dass traditionell konservative Politikfelder wie etwa Wirtschaftsliberalismus, Westorientierung, Privatisierung von Felipe González besetzt wurden, der eine Politik betrieb, die sich immer weiter von der sozialistischen Programmatik seiner Partei entfernte und die Mitte ausfüllte. González war so neoliberal, dass es – aus unterschiedlichen Gründen freilich – weder den Konservativen noch den Kommunisten gefiel; dies

zwang die beiden Antipoden sogar häufiger zu Zweckbündnissen. Sich dieser Politik der Mitte programmatisch entgegenzustellen war jedenfalls schwierig für eine ebenfalls mitteorientierte Opposition.

Rezept für den Sieg

So tut man Aznar sicher nicht unrecht, wenn man sagt, dass sein knapper Sieg 1996 weniger seinem inhaltlich überzeugenden Wahlprogramm oder seiner mitreißenden Persönlichkeit geschuldet war als vielmehr dem Wunsch der Bürger nach Ablösung von der vierzehn Jahre regierenden PSOE, die außerdem zunehmend das Vertrauen der Bürger verloren hatte durch ihre Verstrickung in Korruptionskandale und den Verdacht des Staatsterrorismus. Die Wahl am 12. März allerdings hatte einen völlig anderen Ausgangspunkt: Diesmal wurde über die Regierungspolitik der letzten vier Jahre abgestimmt und damit über die Leistungen Aznars und seiner Mannschaft. Dieser Sieg hat deswegen eine andere Aussagekraft und ein besonderes Gewicht.

Bei einer Analyse im internen Kreis führte Aznar seinen Wahlsieg auf vier Faktoren zurück: eine klare politische Führung, eine gute Organisation der Partei, Unabhängigkeit gegenüber dem Druck von Lobbys, Medien oder anderen Kräften sowie ein klares Projekt, das sich an den Notwendigkeiten der spanischen Gesellschaft orientiert. Diese Anleitung für politischen Erfolg mag allzu einfach klingen, die wirkliche Prüfung liegt allerdings in der Umsetzung, und die hat Aznar bestanden.

Er hat das Haushaltsdefizit verringert, die Staatsverschuldung eingedämmt und dabei gleichzeitig die Steuern kräftig gesenkt. Diese Quadratur des Kreises gelang, weil durch die Senkung der Steuern mehr Bür-

ger dazu gebracht wurden, überhaupt Steuern zu zahlen, was dann die Steuereinnahmen letztlich sogar erhöhte. Ein rigider Spar-Kurs tat ein Übriges, das Haushaltsdefizit wurde von 7,1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (1995) auf 1,1 Prozent (1999) verringert und die Inflationsrate bis 1998 auf 1,9 Prozent gesenkt (inzwischen 2,9 Prozent). Die makroökonomischen Erfolge der Aznar-Regierung sind ebenfalls beachtlich: Das Wirtschaftswachstum des Landes lag in den letzten drei Jahren jeweils über drei Prozent. Die Arbeitslosigkeit, das zentrale Problem in Spanien, wurde von 23 auf 17 Prozent reduziert, indem es gelang, etwa 1,8 Millionen Arbeitsplätze in den letzten Jahren zu schaffen; 1998 allein über 500 000, das war mehr als in den restlichen EU-Ländern zusammen. Zahlen also, die manchen europäischen Partner vor Neid erblassen lassen können.

Aznar hat es trotz widriger Ausgangssituation bei der Amtsübernahme erreicht, Spanien innerhalb von weniger als zwei Jahren die Eintrittskarte für den Euro-Club zu beschaffen. Und nicht nur das: Spanien steht außerdem durchaus nicht als das Land mit den schlechtesten Daten da. Für Spanien ist die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion ein respektabler Erfolg, auf den die Bevölkerung stolz ist.

Die Regierung Aznar konnte insgesamt also eine hervorragende Bilanz vorweisen, und das wurde in der Bevölkerung entsprechend honoriert. Fast 45 Prozent der Spanier beurteilten die Regierungsarbeit Aznars als gut oder sehr gut. Auch in den Sympathiewerten lag Aznar während des Wahlkampfes immer vor seinem Konkurrenten, dem Spitzenkandidaten des PSOE, Joaquín Almunia. Eines ausreichenden Vorsprungs konnte sich Aznar also sicher sein. So richtete sich die von Mariano Rajoy klug konzipierte

Wahlkampfstrategie darauf, die ohnehin Überzeugten auf Seiten des PP zu halten, weniger darauf, Unentschlossene ins eigene Lager zu ziehen. Aznar hatte es gar nicht nötig – diesen Anschein vermittelte er jedenfalls –, sich in die Niederungen der direkten Konfrontation zu begeben, die die Linke ständig suchte. Er lehnte ein Fernsehduell mit seinem Kontrahenten ebenso ab wie Interviews mit der größten spanischen Tageszeitung *El País*, was diese sehr verärgerte. Auch breitete Aznar keine umfangreichen Wahlprogramme vor der Wählerschaft aus. Er ließ seine Bilanz für sich sprechen und vertraute auf die Wirkung seines Versprechens, den bisherigen Weg steigender Prosperität und wirtschaftlichen Fortschritts fortzusetzen und vermied konkrete Themen anzusprechen. Diese Strategie ist aufgegangen.

Schwerer Schlag für die Linken

Die Verlierer der Wahlen sind die Sozialisten (PSOE) und die Kommunisten (IU). Vor allem Letztere mussten substanzelle Verluste hinnehmen: Die Partei, die in den letzten zehn Jahren ein Potenzial von etwa zehn Prozent hatte (1996: 10,6), büßte die Hälfte ihrer Stimmen ein und verlor zwei Drittel ihrer Parlamentssitze (von 21 auf 8). Die Sozialisten fielen von 38,8 auf 34,1 Prozent ab. Die Strategie, mit dem kurz vor dem Wahlkampf geschlossenen Pakt zwischen PSOE und IU eine linke Alternative zu präsentieren, schlug fehl. Inwieweit diese Idee überhaupt klug war, konnte man sich allerdings bereits vor den Wahlen fragen. Spektakulär war dieser Schachzug allemal. Ihn führten Joaquín Almunia, als Generalsekretär der Sozialisten Nachfolger von Felipe González und erst 1999 als Spitzenkandidat nachgerückt, weil der eigentliche Kandidat

Borrell wegen eines Korruptionsskandals zurücktreten musste, und der ebenfalls neue Führer der Kommunisten, Francisco Frutos, durch. Die unter ihrem langjährigen orthodoxen Führer Julio Anguita weit links positionierte Partei der Vereinigten Linken (IU), die zum Beispiel dezidiert gegen die NATO sowie gegen die WWU war und unter anderem deswegen für Felipe González nie als Partnerin infrage kam, machte damit einen deutlichen Schritt weg vom linken Rand hin zur Mitte. Die weitgehenden Zugeständnisse, die die IU in dem gemeinsamen Programm machte (wie etwa aktive Teilnahme an der Konstruktion Europas inklusive WWU und Beibehaltung der internationalen Verpflichtungen), bedeuten einen großen Einschnitt und brachten die Partei erstmals in der demokratischen Geschichte Spaniens in eine regierungsfähige Position. Aus Sicht der Kommunisten also mag dieser Schritt daher sinnvoll gewesen sein.

Einen schwerwiegenden Fehler aber bedeutet er für die Sozialisten, denn sie räumten damit die von González unverrückbar besetzte Position als Partei der Mitte zumindest teilweise beziehungsweise kurzzeitig. Und dies, obwohl seit einiger Zeit erkennbar war, wie Aznar langsam, aber beharrlich daran arbeitete, eben in jene Mitte zu stoßen, die die PSOE auch nach ihrer Abwahl 1996 weiterhin ausfüllte. Die Mitte aufzugeben muss überhaupt als eine grobe Fehlkalkulation bewertet werden in einer Zeit, da – nicht nur in Spanien – alle Volksparteien eben um das große, nachgewiesenermaßen in der Mitte befindliche Wählerpotenzial buhlen. Sich zudem aber mit den Kommunisten zu verbrüdern war ein doppelt falsches Signal, das die gemäßigten Wähler des PSOE genauso verschreckte – und zum Teil in die Arme des PP getrieben hat – wie die orthodoxen Kernwähler der Kommunis-

ten. Die Verluste der Kommunisten sind jedoch nicht den Sozialisten zugute gekommen, offensichtlich blieben viele linke Wähler der Wahl fern. Das könnte auch die für Spanien recht niedrige Wahlbeteiligung von siebzig Prozent erklären.

Für die Sozialisten steht nun eine schwere Zeit bevor. Generalsekretär und Spitzenkandidat Almunia trat nach der Wahlschlappe zurück, und seitdem herrscht ein offener Kampf innerhalb der Partei. Die „Barone“ aus den Regionen melden sich zu Wort, der alte Weggefährte von González, Alfonso Guerra, mischt mit, alte Gräben brechen auf. In dieser Krisensituation scheint es eher ungünstig zu sein, dass erst im Juli ein Kongress über die neue Führung und das Konzept für die Zukunft entscheiden soll. Bis dahin führt der Präsident Andalusiens, Manuel Chaves, die Partei kommissarisch. Der PSOE hat sich ohnehin in den letzten vier Jahren schwer getan, nach der Ära González und ohne ihren langjährigen Führer Tritt zu fassen. Die Frage nach der künftigen Linie bleibt und stellt sich jetzt umso pronomierter: völlige Erneuerung (was auch immer das heißen und wie es bewerkstelligt werden mag) oder leichte Korrekturen. Wenn sich die Sozialisten Spaniens gänzlich neu definieren wollen, bedeutet das dann – wie bereits im Pakt mit den Kommunisten angedeutet – eine Abkehr von der Mitte? Oder war der Pakt nur ein zweckgebundener Schachzug mit dem Ziel des Machtwechsels? Und soll schließlich doch González’ Politik der Mitte weitergeführt werden, nur mit neuen Konzepten und neuen Methoden? Die Frage einer Neudefinition stellt sich ebenso für die Kommunisten: Wollen sie ihre traditionelle, links-orthodoxe Klientel bedienen, oder wollen sie sich in Richtung Mitte bewegen und sich damit die Tür zur Regierungsver-

antwortung öffnen, was allerdings dann in Konkurrenz mit der PSOE geschehen muss? Die großen Verschiebungen fanden zwischen den beiden ideologischen Blöcken statt, die Regionalparteien konnten sich behaupten. Sie gewannen zwar nicht maßgeblich hinzu, aber sie verloren auch nicht über Gebühr. Die wichtigsten Regionalkräfte sind weiterhin die katalanische CiU, die einen Sitz verlor, und der baskische PNV, der sogar gestärkt wurde mit drei zusätzlichen Sitzen, sowie die Kanarische Koalition und die Galizischen Nationalisten. Die CiU ist zwar nun durch den Absturz der Kommunisten drittstärkste Kraft im Parlament, aber Aznar ist nicht mehr wie in der Legislaturperiode zuvor auf die Unterstützung von Regionalparteien angewiesen. Zwar hat er schon signalisiert, dass er den Dialog mit der CiU und der Kanarischen Koalition sucht, aber die CiU kann sich künftig nicht mehr ihre Schützenhilfe „bezahlen“ lassen, so wie sie es in der Vergangenheit sowohl im Pakt mit dem PSOE (1993 bis 1996) als auch mit dem PP (1996 bis 2000) gemacht hat. Innerhalb der CiU ist inzwischen allerdings ebenfalls eine Diskussion über die Richtung der Partei aufgekommen: Nämlich ob sie sich mit den anderen Nationalisten im Baskenland und in Galizien zusammentreten, wie es die Radikaleren gerne sähen, oder ob sie tatsächlich weiter mit dem PP zusammenarbeiten soll.

Visionen, Projekte, offene Probleme

In der Struktur der Regierung wird es einige Umbauten geben. So hat Aznar vor, ein Ministerium für Innovation und Entwicklung zu schaffen, in das das bisherige Industrieministerium sowie Teile des Bildungsministeriums aufgehen werden. Zudem wird das Ministerium für Äußeres verstärkt durch die

Außenhandelsabteilung des Wirtschaftsministeriums und das Instituto Cervantes, das für die auswärtigen Kulturbeziehungen und die Verbreitung der spanischen Sprache zuständig ist und bisher im Kulturministerium angesiedelt war. Damit setzt Aznar wichtige Akzente: Zunächst eine stärkere Konzentration auf die technologische Modernisierung Spaniens. Diese ist in der Tat während der rasanten Wirtschaftskonsolidierung der letzten Jahre zu kurz gekommen. Was Spanien fehlt, sind Investitionen in Hochtechnologie und in Forschung und Entwicklung, vor allem wenn Aznar, wie er angekündigt hat, noch mehr Arbeitsplätze schaffen will.

Im Wahlkampf hatte Aznar um die Wählerstimmen gebeten, „um Spanien in weiteren vier Jahren zum besten Land Europas zu machen“. Er hat sich viel vorgenommen: Sein Ziel ist, die Arbeitslosigkeit weiter zu verringern auf unter zehn Prozent und für 2002 ein Superavit zu erreichen (wenn ihm das gelänge, wäre es an der Zeit, dass Aznar Seminare für seine Kollegen in der EU gäbe). Beides wäre ein phänomenaler Meisterstreich. Diese Ziele mögen kühn klingen, aber nach den bisherigen Erfolgen muss man sich doch darauf einstellen, dass Aznar sie erreicht.

Man darf freilich nicht übersehen, dass schwierige Aufgaben in anderen Bereichen anstehen beziehungsweise Probleme ungelöst geblieben sind. So besteht die Gefahr, dass inmitten der wirtschaftlichen Dynamik, die sich zweifelsohne in Spanien entfaltet hat, die soziale Komponente zu kurz kommt. Die Regierung muss zum Beispiel eine nachhaltige Lösung finden für die Probleme, die die demographische Entwicklung aufwirft. Spanien befindet sich in der Spitzengruppe überalterter Gesellschaften und hat die niedrigste Kinderzahl pro Frau

(1,2) weltweit (zusammen mit Italien, Bulgarien, Lettland und Tschechien). Die Regelung des Rentensystems wird daher eine wichtige Aufgabe sein. Dazu kommt aber, dass zurzeit geburtenstarke Jahrgänge von der Schule auf den Arbeitsmarkt wechseln. Und trotz der Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze ist die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin hoch. Lange schon steht zudem eine Reform des Berufsbildungssystems aus.

Es steht ebenfalls – bereits seit González' Regierungszeit – die Reform des Justizwesens aus, die Aznar nun anpacken müsste. Handlungsbedarf besteht auch bei der Ausländerpolitik. Das hat spätestens der xenophobe Ausbruch gegen marokkanische Gastarbeiter in El Ejido im Februar dieses Jahres auf drastische Weise gezeigt. Das aktuelle Ausländergesetz wurde erst vor kurzem mit den Stimmen der Oppositionsparteien gegen die Regierung verabschiedet. Obwohl jene Ereignisse von El Ejido im Wahlkampf passierten, wollte niemand so recht an das Thema heran. Nur einen Tag nach der Wahl aber verlautbarte der PP, dass die neue Regierung sofort das Ausländergesetz ändern werde. Jedenfalls hat der PP nun die nötige Mehrheit, um sein Konzept durchzusetzen.

Ungelöst bleibt, wie man dem Terrorismus der baskischen Untergrundorganisation ETA beikommen soll. Das Ende seiner mörderischen Aktivitäten ist leider nicht absehbar, nachdem die im September 1998 verkündete unbefristete Waffenruhe von der ETA aufgehoben wurde und sie seither wieder unvermindert brutal vorgeht; während des Wahlkampfes brachte sie einen sozialistischen Politiker um.

Ein Hauptproblem für Spanien aber bleibt die Autonomiepolitik. Der starke Regionalismus und die daraus entstehenden Autonomiebestrebungen sind ein altes und kom-

plexes politisches Phänomen, das erhebliches Konfliktpotenzial in sich birgt und weiterhin einer befriedigenden und tragfähigen Regelung harrt. Dies liegt unter anderem daran, dass zwar zwischen 1979 und 1983 formal jene siebzehn „Comunidades Autonómicas“ konstituiert wurden, der Prozess der Suche nach einem konsensualen Modell jedoch längst nicht abgeschlossen ist. Insbesondere die Kompetenzregelungen sind ein komplizierter und spannungsreicher Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen Regional- und Zentralregierung, weil die Verfassung die detaillierte Gestaltung zum Teil offen ließ. So formulieren die Autonomien seit der Demokratisierung Spaniens Forderungen nach weiteren Kompetenzübertragungen. Die Zentralregierung in Madrid sieht sich dagegen in der Position, solche Wünsche zurückzuweisen, die die staatliche Einheit beziehungsweise Einheitlichkeit gefährden könnten. Vor allem geht es um die finanzielle Ausstattung, fiskalische Autonomie beziehungsweise wirtschaftliche Selbstverwaltung, die in erster Linie die Katalanen beanspruchen.

Für Aznar heißt „staatliche Einheit Spaniens“, weitere Wünsche der Regionen im Zaume zu halten. Im Wahlkampf richtete er deutliche Worte an die Katalanen. Er bat sie, mehr Engagement und weniger „Opferhaltung“ („victimismo“) zu zeigen und Spanien nicht auf eine rein finanzielle Bilanz zu reduzieren. Aznar verwarf aber nicht nur Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Regionen, sondern auch den Föderalismus. So lehnt er etwa bislang Wünsche nach fiskalischer Autonomie kategorisch ab. Sein Angebot lautet Mitverantwortung, aber nicht mehr.

Letztendlich manifestiert sich in der spanischen Autonomiefrage das historische

Problem einer funktionierenden Kooperation zwischen der nationalstaatlichen und der regionalen Ebene, angereichert durch die Komponente der dritten, nämlich der europäischen Ebene – ein Thema, das auch andere europäische Länder beschäftigt. Im Gegensatz zu Bayern aber, das zu starke Eingriffe der EU in regionale Kompetenzen kritisiert, sieht Katalonien dagegen in Europa eine Möglichkeit, sich ohne die zentralstaatliche Ebene politisch zu artikulieren und zu engagieren. Für Spanien geht es um nicht mehr und nicht weniger als den Zusammenhalt des Königreiches, der nicht nur politische, sondern in einem Land mit vier Sprachen und Nationalitäten (Kastilisch, Baskisch, Katalanisch und Galizisch) auch gesellschaftlich-kulturelle Implikationen hat.

Die Gefahr, die durch das Wahlergebnis plötzlich auftaucht, hat Aznar wohl bereits erkannt: Die Tatsache, dass die Regierung nun nicht mehr auf die Unterstützung bislang zweier Regionalparteien angewiesen ist, könnte dazu führen, dass sich die regionalen Kräfte gegen die Regierung zusammenschließen. Das hätte zahlenmäßig im spanischen Parlament zwar keinen Ausschlag, könnte aber zu einer Radikalisierung der nationalen Parteien führen. Aus diesem Grund ist Aznar bemüht, die gemäßigten Parteien, die katalanische CiU und die kanarische CC, auf seine Seite zu bringen und einzubinden. Es bleibt aber die Frage, was mit dem nationalistisch geseznten baskischen PNV und den Galiziern wird. Aznar wird sich also auf der positiven Bilanz der ersten Legislaturperiode nicht ausruhen können.

Gewichtiger Faktor in Europa

Spanien ist, das ist schließlich eine weitere Konsequenz aus der Wahl, inzwischen

nicht mehr nur wegen seiner Bevölkerungszahl ein wichtiger Faktor in Europa. Der wirtschaftliche Aufwärtstrend und die vorzeigbaren Erfolgsdaten haben Spanien längst zum Sprachrohr der Südflanke gemacht und Italien in dieser Position faktisch abgelöst. Spanien besetzt wichtige europäische Ämter und Funktionen wie etwa das des ersten Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik durch Javier Solana. Auch die Verteilung der Portefeuilles in der neuen EU-Kommission trägt dem gewachsenen Gewicht Spaniens Rechnung. Vize-Präsidentin ist Loyola de Ignacio, und das wichtige Ressort Wirtschaft und Währung hat Pedro Solbes inne. Demgegenüber nimmt sich Deutschland unterbewertet aus: ohne ein einziges Schlüsselressort wie eben Wirtschaft, Wettbewerb oder Binnenmarkt, geschweige denn eine Vize-Präsidentschaft.

Die Verstärkung des Außenministeriums deutet darauf hin, dass sich Aznar nach der stark wirtschafts- und innenpolitisch geprägten ersten Legislaturperiode nun intensiver um die Außenpolitik kümmern will. Sein internationales Profil ist durchaus ausbaufähig. Gerade im Vergleich zu seinem auf dem internationalen Parkett gewandten Vorgänger Felipe González, der Spanien nicht nur durch den NATO-Verbleib und den EU-Beitritt, sondern auch zum Beispiel durch sein Engagement für stärkere Brückenbildung zwischen Europa und Lateinamerika und die Vermittlerrolle im Nahostfriedensprozess zu einem anerkannten Akteur auf der internationalen Bühne gemacht hat, konnte sich José María Aznar anfangs nur schwer an die Komponente der staatsmännischen Performance gewöhnen.

In der Tat hat sich mit Aznar ohnehin ein Wechsel im Politikstil vollzogen. Im Ver-

gleich zum charismatischen Felipe González strahlt Aznar die kühle Aura von Effektivität und Rationalität aus. Aznar präsentiert sich qua Sachpolitik, blumige Rhetorik ist nicht seine Sache. Er zieht es vor, durch Fakten statt durch Worte zu wirken. Diese sachlich-trockene Haltung, aber auch sein Beharrungsvermögen lassen ihn kantig und spröde erscheinen, haben ihm aber mittlerweile in der spanischen Bevölkerung das Ansehen eines glaubwürdigen Machers eingebracht; er hat das politische Klima Spaniens entemotionalisiert und versachlicht.

Auf dem Weg in die erste Reihe

Sachorientiert tritt er auch auf der europäischen Ebene auf. Die bemerkenswerten Wirtschaftsdaten Spaniens haben ihm den Respekt seiner Kollegen eingebracht, außerdem aber geben sie ihm eine gute Vorlage, bei der Gestaltung Europas mitzureden. Der EU-Sondergipfel in Lissabon am 23./24. März ging auf die Initiative des spanischen und des britischen Regierungschefs zurück. Aznar hatte der portugiesischen Präsidentschaft ein ambitionäres Projekt vorgelegt, mit dem in drei Stufen bis 2010 das Sozial- und Wirtschaftsmodell Europas reformiert werden soll. Nicht nur in der spanischen Presse wurde für den Gipfel ganz zu Recht ein Protagonismus Aznars festgestellt, auch die *Financial Times* prognostizierte, dass Großbritannien und Spanien „die Agenda bestimmen“. Und die französische Tageszeitung *Le Monde* konstatierte, dass der Schulterschluss zwischen Aznar und Blair „eine Modifikation des europäischen Kräfteverhältnisses“ widerspiegele. „Es ist nicht mehr die französisch-deutsche Achse, die als Referenz gilt“ (Henri de Bresson, *Le Monde*, 23. März 2000).

Spanien unter José María Aznar befindet sich zweifelsohne auf dem Weg in die erste Reihe Europas. In Spanien herrscht genau die Aufbruchstimmung, die in anderen Ländern nur deklamiert wird. Die spanische Regierung hat den Implaus gegeben und die Rahmenbedingungen geschaffen (ohne sich durch den Protest einzelner Gruppen beirren zu lassen, etwa als die Gehälter der Beamten eingefroren wurden), die Gesellschaft hat mitgezogen.

Spanien ist selbstbewusster geworden. Man wird sicher in Zukunft öfter seine Stimme hören – nicht zuletzt deshalb, weil Aznar als einziger allein regierender Mitte-rechts-Politiker nun im Lager der Christdemokraten und Konservativen zur stärksten Führungsfigur avanciert ist. Wer hätte gedacht, so fragt die spanische Tageszeitung *ABC*, dass „bedingt durch die Krise der deutschen Christdemokraten und durch die Fehler der Österreichischen Volkspartei, eine Koalition mit dem ultrarechten Haider einzugehen, zum ersten Mal in der Geschichte nach Süden geblickt wird“? Daraus resultieren freilich auch zusätzliche Aufgaben bei der Stärkung des europäischen Mitte-rechts-Spektrums und eine größere Verantwortung beim Engagement in und für Europa. Aznar hat auf Grund der stabilen Mehrheitsverhältnisse im Land nun den Rücken frei, seine Vorstellungen und Konzepte verstärkt in die EU zu tragen. Man wird ihm zuhören müssen. Der Wille, auf europäischer Ebene Impulse zu geben, war jedenfalls bereits beim Lissabonner Gipfel deutlich spürbar. Nun muss Aznar zeigen, ob er auch im größeren Rahmen die Qualitäten zur Geltung bringen kann, für die er am 12. März von den Spaniern wieder gewählt wurde.